

Beschlüsse der pax christi-Delegiertenversammlung vom 04. – 06. November 2005, Erbacher Hof / Mainz

Perspektiven der deutschen pax christi-Sektion: Welche Instrumente braucht sie für welche Aufgaben?

Das Präsidium wird beauftragt, einen moderierten Beratungsprozess über die Perspektiven der deutschen Sektion zu organisieren. Diese sollen Zielvorstellungen und Überlegungen zu den notwendigen Instrumenten für unsere Arbeit enthalten.

Als Ergebnis dieses Prozesses legt das Präsidium den Delegierten bei der DV 2006 Vorschläge vor, wie die Arbeit unter den veränderten Rahmenbedingungen gestaltet werden soll.

Politische Vertretungsarbeit

Die Delegiertenversammlung unterstreicht aus gegebenem Anlass die Bedeutung der politischen Vertretungs- und Advocacy-Arbeit auf allen Ebenen der Bewegung - Präsidium, Kommissionen, Bistumsstellen und Gruppen - als Auftrag der pax christi-Statuten.

Die Delegiertenversammlung bestärkt auf Bundesebene insbesondere Kommissionen, Präsidium und Generalsekretär, in der Praxis der politischen Vertretungsarbeit fortzufahren.

Klärung von Profil und Aufgaben des Geistlichen Beirats von pax christi und Verschiebung der Neuwahl auf die DV 2006

Die Wahl des Geistlichen Beirats/ der Geistlichen Beirätin wird bis zur DV 2006 ausgesetzt. Das Präsidium wird beauftragt, in Abstimmung mit den Bistumsstellen, deren Geistlichen Beiräten und den Kommissionen ein aktuelles Profil für das Amt des Geistlichen Beirats / der Geistlichen Beirätin zu entwickeln und der DV 2006 geeignete Kandidaten bzw. Kandidatinnen zur Wahl vorzuschlagen.

Kongress der deutschen pax christi-Sektion 2006 zum Thema „Europa“

Der pax christi-Kongress 2006 findet vom 05. – 07. Mai 2006 in Fulda zum Thema „Europa“ statt. pax christi Deutschland strebt dafür die Kooperation mit anderen Pax Christi-Sektionen und -Gruppen an. Ziel soll sein, einen Austausch über die künftige Gestalt und geistige Mitte Europas zu ermöglichen und dabei besonders die soziale Verantwortung (vs. liberalisierte Wirtschaft) und die Friedenspflicht (vs. Aufrüstung und Militärinterventionen) Europas zu thematisieren. Der Austausch soll zu einem Verfassungsprozess von unten im Lichte der politischen Dimension des Christentums beitragen.

Verständigungs- und Abstimmungsprozess zwischen den europäischen Pax Christi-Sektionen zur Rolle Europas

Das Präsidium der Deutschen Sektion von pax christi wird beauftragt, einen Verständigungsprozess zwischen den europäischen Sektionen von Pax Christi zu initiieren und voran zu treiben, der sich mit der Rolle Europas befasst und dessen Ergebnisse in die Diskussion um die künftige europäische Verfassung, u.a. bei der nächsten Generalversammlung von Pax Christi International, eingebracht werden sollen.

Unterstützung der Bleiberechtskampagne

Die deutsche Sektion von pax christi unterstützt die Bleiberechtskampagne von Pro Asyl.

Nahost: Frieden und Sicherheit durch Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts

Die deutsche Sektion von pax christi fordert die neue Bundesregierung auf, Frieden und Sicherheit in Israel und Palästina durch die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts zu fördern. Dazu gehört die Einbeziehung Israels und Palästinas in ein System kollektiver Sicherheit und Zusammenarbeit.

Eine zentrale Voraussetzung für Frieden zwischen Israel und den Palästinensern ist die Einhaltung von Menschenrecht und Völkerrecht. Die EU ist verpflichtet in ihrer Nahostpolitik darauf zu dringen. Verstöße, die Israel derzeit begeht, sind z.B.: Kollektivstrafen, willkürliche Verhaftungen, gezielte Tötungen, Einsatz tödlicher Waffen bei friedlichen Demonstrationen, Hauszerstörungen, Bau der Sperranlagen im besetzten Gebiet, Siedlungsbau, Landenteignung. Verstöße auf Seiten der Palästinenser sind insbesondere Attentate und Raketenangriffe gegen die Zivilbevölkerung.

Als katholische Friedensbewegung pax christi sind wir überzeugt, dass ohne diese Verstöße eine Atmosphäre des Respekts zwischen beiden Völkern wachsen könnte, was zu Sicherheit für Israel und zu Sicherheit und Freiheit für die Palästinenser beitragen könnte. Die neue EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) mit Israel und den Palästinensergebieten ist ein Ansatzpunkt, in diesem Sinne tätig zu werden. Mit der ENP verfolgt die EU das Ziel, durch mehr Stabilität und Wohlstand in den Mittelmeer-Anrainerstaaten und Osteuropa Frieden und Sicherheit für alle zu erreichen. Die ENP-Länder verpflichten sich zu Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte. Die EU verpflichtet sich ihrerseits internationale Menschenrechtsstandards durchzusetzen. pax christi dringt darauf, dass diese Absichten auch umgesetzt werden. Nach dem Gaza-Teiltrückzug erwartet Israel von der Europäischen Union, dass sie in hohem Maße Verantwortung für das Wohlergehen der Zivilbevölkerung und die Stabilität im Gazastreifen übernimmt. Nach Artikel 6 der Vierten Genfer Konvention von 1949 ist eine Besatzungsmacht selbst nach einem Teiltrückzug weiterhin für die Zivilbevölkerung zuständig in dem Maße, in dem sie Regierungsfunktionen in diesem Gebiet ausübt. Sie ist in diesen Bereichen weiterhin an das humanitäre Völkerrecht gebunden.

Wir fordern daher die neue Bundesregierung auf:

- 1.) Bei der Umsetzung der ENP-Aktionspläne keine völkerrechtswidrigen Handlungen eines Partnerstaates zu unterstützen und keine öffentlichen oder privaten Akteure zu fördern, die von solchen Handlungen profitieren, d.h. insbesondere keine Zusammenarbeit mit Unternehmen, die am Bau von Siedlungen und Sperranlagen beteiligt sind, keine Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen in israelischen Siedlungen und keine Förderung für Wissenschaftler und Studierende aus den Siedlungen,
- 2.) die Anwendung von EU-Finanzierungsinstrumenten für Israel und die Palästinensergebiete an die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte zu binden,
- 3.) die Aufnahme Israels in das geplante Euro-mediterrane Freihandelssystem an die Bedingung zu knüpfen, dass die Fehlanwendung des Assoziationsabkommens (Israel gibt für Waren aus Siedlungen "Israel" als Ursprungsbezeichnung an) auf die israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten beendet wird,
- 4.) sich bei der EU dafür einzusetzen, dass diese bei der israelischen Regierung auf eine genaue Herkunftsauszeichnung der Waren drängt, im Einklang mit den Völkerrechtspflichten der Bundesrepublik, die der International Gerichtshof in seinem Gutachten vom 9. Juli 2004 bekräftigt hat,
- 5.) gegenüber den Konfliktparteien deutlich zu machen, dass nach Auffassung der EU der Teiltrückzug aus dem Gazastreifen und die Übergabe bestimmter Verwaltungsfunktionen an die Palästinensische Behörde nur dann gelingen kann, wenn von beiden Seiten die Menschenrechte geachtet und die jeweils anwendbaren Bestimmungen des humanitären Völkerrechts eingehalten werden.

- 6.) den Schutz der israelischen und palästinensischen Zivilbevölkerung dadurch zu stärken, dass für alle rechtswidrig verursachten Schäden an Projekten oder Einrichtungen, die im Rahmen der EU-Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe geschaffen wurden, Entschädigungen von der jeweils verantwortlichen Konfliktpartei verlangt wird.

Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr

Die deutsche Sektion von pax christi fordert die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, den Einsatz der KSK-Kräfte in Afghanistan zu beenden sowie einen Abzugsplan für die Bundeswehr aus Afghanistan vorzulegen.

Iranpolitik

Die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion von pax christi fordert die Deutsche Bundesregierung und die Europäische Union auf, die fortschreitende Konfrontation mit der Islamischen Republik Iran in der Frage des iranischen Atomprogramms zu beenden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die EU als Gegenleistung für die Aussetzung der iranischen Urananreicherung eine baldige Konferenz für eine atomwaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten in Aussicht stellt.

Die Delegiertenversammlung fordert den iranischen Präsidenten auf, seine Äußerung zurückzunehmen, Israel müsse von der Landkarte verschwinden.

Bad Vilbel, den 7.11.2005